

§ 1 Präambel

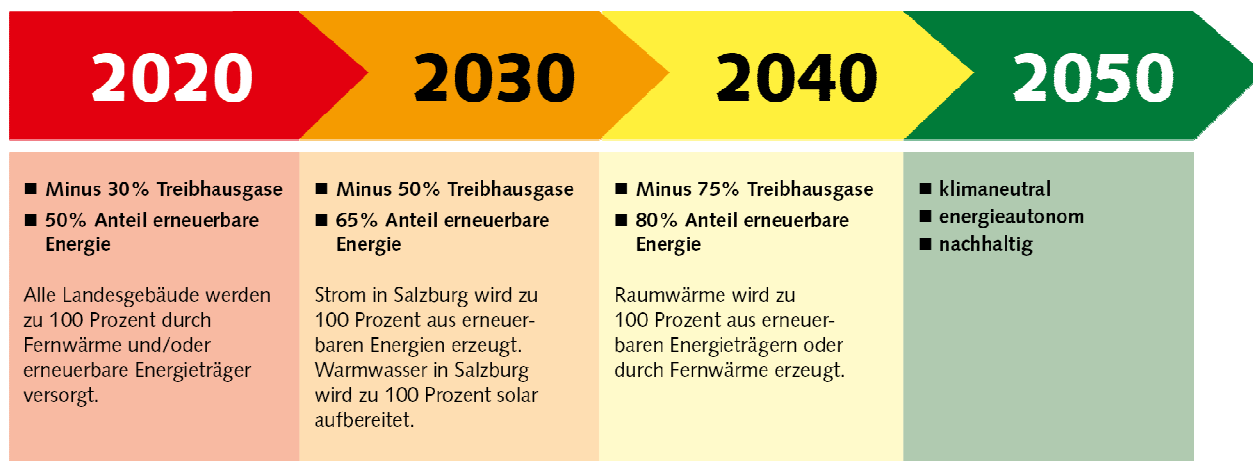
Durch die Förderungsrichtlinien „Umweltförderung im Land Salzburg“ sollen bestehende Lücken zur Umweltförderung des Bundes (Umweltförderung im Inland) geschlossen werden. Die Richtlinie schöpft dabei die Fördermöglichkeiten der Allgemeinen GruppenfreistellungsVO und der De-minimis-Verordnung voll aus.

§ 2 Zielsetzungen

(1) Ziel der Förderung ist der Schutz der Umwelt durch Vermeidung oder Verringerung der Belastungen in Form von klimarelevanten Gasen (insbesondere Kohlendioxid aus fossilen Brennstoffen und andere zur Umsetzung international vereinbarter Ziele relevante Gase) und von Luftverunreinigungen (Stickstoffoxide).

(2) Die Förderaktion dient dem Erreichen der Ziele der Leitstrategie „Salzburg 2050 klimaneutral.energieautonom.nachhaltig“.

Zielpfad „Salzburg 2050 klimaneutral.energieautonom.nachhaltig“



Diese Zielsetzungen verstehen sich bilanziell pro Jahr. Das Bezugsjahr ist jeweils 2005 und entspricht dem Bezugsjahr der EU-2020-Vorgaben. Erneuerbare Energieträger sind wie in der Energieträgerklassifikation der Energiebilanzen (Statistik Austria) nach den EU-Vorgaben definiert.

(3) Zu diesem Zweck soll die Förderung einen Anreiz für die Verwirklichung von Umweltschutzmaßnahmen bilden, die sich nicht innerhalb angemessener Zeit betriebswirtschaftlich amortisieren.

§ 3 Begriffsbestimmungen

(1) Unionsnormen im Sinne dieser Richtlinien sind

- a) verbindliche Unionsnormen für das von einem einzelnen Unternehmen zu erreichende Umweltschutzniveau, wobei Normen oder Ziele, die für die Mitgliedstaaten, nicht aber für einzelne Unternehmen verbindlich sind, nicht als Unionsnormen gelten.
- b) die in der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates festgelegte Verpflichtung, die besten verfügbaren Techniken (BVT) einzusetzen und sicherzustellen, dass Schadstoffemissionswerte nicht über den Werten liegen, die aus dem Einsatz der BVT resultieren würden.

den; sofern in Durchführungsrechtsakten zur Richtlinie 2010/75/EU mit den besten verfügbaren Techniken assoziierte Emissionswerte festgelegt wurden, gelten diese Werte für die Zwecke dieser Verordnung; wenn diese Werte als Bandbreiten ausgedrückt werden, ist der Grenzwert, bei dem die mit den BVT assoziierten Emissionswerte als erstes erreicht werden, anwendbar.

(2) Beginn der Arbeiten: entweder der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, wobei der früheste dieser Zeitpunkte maßgebend ist; der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten. Bei einer Übernahme ist der „Beginn der Arbeiten“ der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.

(3) Investitionen im Sinne dieser Richtlinien sind solche, die Verkehrsmaßnahmen oder örtlich gebundene Einrichtungen betreffen, und umfassen insbesondere Transportmittel, Gebäude, Anlagen und Ausrüstungsgüter, Dienstleistungen wie Bauarbeiten, Montage, Planungsleistungen. Bei Maßnahmen zur Steigerung der stofflichen Ressourceneffizienz können davon auch erhöhte Kosten für Betriebsmittel über einen Zeitraum von maximal 5 Jahren umfasst sein, sofern eine De-minimis-Förderung gewährt wird. Keine anerkenbare Investitionen im Sinne dieser Richtlinien sind:

1. Grundstückskosten;
2. - sofern die Förderung nicht als pauschalisierte De-minimis-Förderung oder als pauschalisierte Förderung an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer vergeben wird - Leistungen oder Lieferungen, die vor Einlangen des Ansuchens bei der Abwicklungsstelle rechtsverbindlich bestellt worden sind. Davon ausgenommen sind Vorleistungen.
3. Verwaltungsabgaben, Gerichts- und Notariatsgebühren;
4. Finanzierungskosten;
5. Investitionen gemäß § 4 Abs. (1) Z 1, die lediglich zu einer Verlagerung aber keiner Verminderung von Emissionen oder Abfällen führen.

(4) Erneuerbare Energieträger im Sinne dieser Richtlinien sind Windkraft, Wasserkraft, Sonnenenergie, Umgebungswärme, (feste und flüssige) Biomasse, Deponiegas, Klärgas und Biogas;

(5) Biomasse im Sinne dieser Richtlinien ist der biologisch abbaubare Teil von Erzeugnissen, Abfällen und Reststoffen der Landwirtschaft, (einschließlich pflanzlicher und tierischer Stoffe), der Forstwirtschaft und damit verbundener Wirtschaftszweige einschließlich der Fischerei und Aquakultur sowie Biogas und der biologisch abbaubare Teil von Abfällen aus Industrie und Haushalten.

(6) Biokraftstoffe im Sinne dieser Richtlinien sind flüssige oder gasförmige Verkehrskraftstoffe, die aus Biomasse hergestellt werden. Biokraftstoffe aus Nahrungsmittelpflanzen im Sinne dieser Richtlinien sind jene, aus Getreide und sonstigen Pflanzen mit hohem Stärkegehalt, Zuckerpflanzen und Ölpflanzen hergestellte Biokraftstoffe im Sinne des Vorschlages der Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen.

(7) Biogene Abfälle oder Abfälle mit relevanten biogenen Anteilen im Sinne dieser Richtlinien sind jene, die in einer zu diesem Zweck von der Förderstelle erstellten Liste angeführt sind. In dieser Liste werden die für eine Förderung anerkannten Kategorien von biogenen Abfällen oder Abfällen mit relevanten biogenen Anteilen sowie deren erforderliches Ausmaß am eingesetzten Abfall festgelegt. Diese Liste kann bei der Abwicklungsstelle eingesehen werden.

(8) Immaterielle Leistungen im Sinne dieser Richtlinien sind Planungs- und Projektvorleistungen, Beratungsleistungen sowie Umweltstudien.

(9) Öko-Innovation im Sinne dieser Richtlinien ist jede Form der Innovation, die eine deutliche Verbesserung der Umweltsituation bewirkt oder zum Ziel hat. Öko-Innovation umfasst neue Produktionsprozesse, den Einsatz neuer Produkte oder Dienstleistungen sowie neue Management- und Geschäftsmethoden, die sich dazu eignen, während der Dauer ihrer Anwendung oder Nutzung Gefahren für die Umwelt, Umweltschädigungen oder andere negative Auswirkungen auf die Ressourcennutzung zu vermeiden oder erheblich zu reduzieren. Nicht als Innovationen gelten:

- a) geringfügige Änderungen oder Verbesserungen,
- b) eine Steigerung der Produktions- oder Dienstleistungskapazitäten durch zusätzliche Produktions- oder Logistiksysteme, die den bereits verwendeten sehr ähnlich sind,
- c) Änderungen in den Geschäftspraktiken, den Arbeitsabläufen oder Geschäftsbeziehungen, die auf bereits in dem Unternehmen bestehenden betrieblichen Praktiken beruhen,
- d) Änderungen in der Geschäftsstrategie,
- e) Fusionen und Übernahmen,
- f) Einstellung eines Arbeitsablaufs,
- g) einfache Ersatz- oder Erweiterungsinvestitionen,
- h) Änderungen, die sich allein aus Veränderungen bei den Faktorpreisen ergeben,
- i) der Handel mit neuen oder erheblich verbesserten Produkten.

(10) Energieeffizienz im Sinne dieser Richtlinien ist jene eingesparte Energiemenge, die durch Messung und/oder Schätzung des Verbrauchs vor und nach der Umsetzung einer Maßnahme zur Energieeffizienzverbesserung und bei gleichzeitiger Normalisierung der den Energieverbrauch beeinflussenden äußeren Bedingungen ermittelt wird

(11) Eine Erhöhung der Ressourceneffizienz im Sinne dieser Richtlinien liegt vor, wenn durch Einsparungen der Einsatz von Energie oder Rohstoffen minimiert wird. Bei den Einsparungen ist darauf zu achten, dass eine wesentliche Entlastung der Umwelt insgesamt erfolgt, wobei insbesondere mögliche Verlagerungen von Umweltbelastungen zu beachten sind.

(12) Stand der Technik im Sinne dieser Richtlinien ist der auf den einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhende Entwicklungsstand fortschrittlicher technologischer Verfahren, Einrichtungen und Betriebsweisen, deren Funktionstüchtigkeit erprobt und erwiesen ist. Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen.

(13) Kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne dieser Richtlinien sind Unternehmen entsprechend der im Anhang I der Verordnung der EU-Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung), ABl. L 214187 vom 26. Juni 2014, 651/2014 der Kommission oder diese ersetzende Regelung. Die jeweils geltende Fassung der Kriterien für die Einstufung als Klein- oder Mittelunternehmen kann bei der Abwicklungsstelle eingesehen werden.

(14) Großunternehmen sind Wettbewerbsteilnehmer, die nicht die Kriterien für kleine oder mittlere Unternehmen gemäß Abs. (13) erfüllen.

(15) De-minimis-Förderungen im Sinne dieser Richtlinien sind Förderungen, die gemäß der Verordnung der EU-Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV auf „De-minimis“-Beihilfen, ABl. L 352 vom 24. Dezember 2013, 1407/2013 der Kommission oder diese ersetzende Regelungen. Die im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Kriterien für die Einstufung als De-minimis-Förderung im Sinne dieser Verordnungen können bei der Abwicklungsstelle eingesehen werden.

(16) Eine technisch vergleichbare Investition ist eine Investition mit der gleichen Produktionskapazität und den gleichen technischen Merkmalen (mit Ausnahme jener Merkmale, die sich direkt auf den Mehraufwand für den Umweltschutz beziehen). Darüber hinaus muss die Referen-

zinvestition aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine ernstzunehmende Alternative zu der geprüften Investition bilden.

(17) Wettbewerbsteilnehmer im Sinne dieser Richtlinien sind natürliche oder juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben und am Markt als Anbieter eines Produkts oder einer Dienstleistung auftreten; sie unterliegen dem EU-Wettbewerbsrecht gemäß Art. 107 ff AEUV. Nicht-Wettbewerbsteilnehmer sind jene, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

(18) Förderstelle ist die für Umweltschutz zuständige Abteilung des Amtes der Salzburger Landesregierung.

(19) Die Abwicklungsstelle ist jene Organisation, die von der Förderstelle mit der Durchführung der Förderungen beauftragt wird. Je nach Maßnahme kann es sich um die Förderstelle oder andere von ihr beauftragte Organisationen handeln.

(20) Ein Unternehmen in Schwierigkeiten ist ein Wettbewerbsteilnehmer im Sinne des Artikels 2 Nummer 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung.

(21) Unionsrechtliche Publikationsverpflichtungen sind jene gemäß der einschlägigen unionsrechtlichen Rechtsgrundlagen zwingend zu veröffentlichen förderrelevanten Daten, die sich aus den unionsrechtlichen Publizitätsvorschriften ergebenden Verpflichtungen können bei der Abwicklungsstelle eingesehen werden.

§ 4 Gegenstand der Förderung

(1) Gegenstand der Förderung sind:

1. Investitionen

- a) zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch klimarelevante Gase und sonstige Luftschadstoffe, insbesondere Stickstoffoxide;
- b) zur Energiegewinnung aus biogenen Abfällen oder aus Abfällen mit relevanten biogenen Anteilen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch klimarelevante Gase und sonstige Luftschadstoffe, insbesondere Stickstoffoxide;
- c) zur Verbesserung der Ressourceneffizienz durch Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen insbesondere durch klimarelevante Gase und sonstige Luftschadstoffe, insbesondere Stickstoffoxide
 - ca) durch Einsparung oder effizientere Bereitstellung von Endenergie oder
 - cb) durch Reduktion oder Substitution von Rohstoffen oder
 - cc) durch Behandlung oder Verwertung von Reststoffen, auch soweit die Verbesserung der Ressourceneffizienz in Produktionsprozessen anderer Unternehmen eintritt;
- d) für betriebliche Mobilitäts- oder Verkehrsmaßnahmen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch klimarelevante Gase und sonstige Luftschadstoffe, insbesondere Stickstoffoxide;
- e) zur Verringerung von Umweltbelastungen durch klimarelevante Gase und sonstige Luftschadstoffe, insbesondere Stickstoffoxide, soweit sie nicht gemäß lit. a bis d förderbar sind;
- f) zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Staubemissionen, soweit Anlagen, Arbeits- und Zugmaschinen im Sinne des Kraftfahrgesetzes 1967 (KFG 1967), BGBl. Nr. 267/1967 idgF, sowie Baumaschinen und -geräte mit Selbstzündungsmotoren im Sinne der Verordnung über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emissionen von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte (MOT-V), BGBl. II Nr. 136/2005 idgF, verbessert oder ersetzt werden;

- g) zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch sonstige Luftverunreinigungen;
 - h) zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Lärm, ausgenommen Verkehrslärm, soweit Anlagen verbessert oder ersetzt werden;
 - i) betreffend Anlagen, die durch den Einsatz fortschrittlicher Technologien besonders geeignet erscheinen, die Umweltbelastungen im Sinne der lit. a bis h zu verringern und als Öko-Innovationen eingestuft werden können.
2. immaterielle Leistungen gemäß § 3 Abs. (8), die im Zusammenhang mit den in Z 1 genannten Maßnahmen erforderlich sind und von hiezu befugten Personen oder Unternehmen erbracht werden. Die Förderung von Beratungsleistungen, die Einführung von Umwelt- oder Energiemanagementsystemen oder Umwelt- oder Energieaudits ist unabhängig von der Durchführung einer Investition möglich. Soweit hiezu eine gesetzliche oder unionsrechtliche Verpflichtung von Unternehmen besteht, kann hierfür keine Förderung gewährt werden.
- (2) Gegenstand der Förderung können keine Investitionen gemäß Abs. (1) sein, die für Anlagen, die dem Emissionshandel unterliegen, gesetzt werden.

§ 5 Voraussetzungen

- (1) Die Gewährung einer Förderung setzt voraus, dass:
1. die Maßnahme dem Stand der Technik bzw. den unionrechtlichen Vorgaben zur Förderung entspricht;
 2. - bei Investitionen von mehr als 1 Million EURO - die gesamte Betriebsanlage dem Stand der Technik entspricht oder in angemessener Zeit entsprechen wird;
 3. durch die zu fördernde Maßnahme eine wesentliche Entlastung der Umwelt insgesamt erfolgt, wobei insbesondere Raumordnung, Rohstoff- und Energieersparnis sowie mögliche Verlagerungen von Umweltbelastungen zu beachten sind;
 4. durch die Maßnahme keine Verschlechterung der Arbeitsumwelt eintritt;
 5. durch das erzeugte Produkt bei sachgemäßem Gebrauch unter Einbeziehung des im Zusammenhang mit dem Produktlebenszyklus stehenden Abfalltransportes und der Abfallbehandlung keine Umweltgefährdung ausgeht;
 6. - soweit festgelegt - die Beratungsleistungen im festgelegten Umfang in Anspruch genommen wurden,
 7. - soweit zur Prüfung der Förderungswürdigkeit des Projektes erforderlich - vom Förderungswerber der Nachweis über die preisliche Angemessenheit des Projektes, wie etwa durch Vergleichsangebote, erbracht wird;
 8. das Förderungsansuchen einschließlich der Unterlagen gemäß § 8 bei der Abwicklungsstelle vor Beginn der Maßnahme, für pauschalisierte Förderungen, die als De-minimis-Förderungen oder an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer vergeben werden, binnen der von der Förderstelle hierfür festzulegenden Frist, eingelangt ist. Die Festlegung des Zeitpunktes des Beginns der Maßnahme hat den unionsrechtlichen Vorgaben zu entsprechen und ist bei der Abwicklungsstelle festgelegt.
 9. der Förderungswerber, der den Bestimmungen des Gleichbehandlungsgesetzes, BGBl. Nr. 108/1979 idgF, unterliegt, diese beachtet;
 10. im Falle von Unternehmen der Förderungswerber das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, BGBl. I Nr. 82/2005 idgF und das Diskriminierungsverbot gemäß den §§ 7b ff des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1970 idgF, beachtet;

11. der Förderungswerber, der hinsichtlich der zur fördernden Investition oder Maßnahme den einschlägigen vergabegesetzlichen Bestimmungen unterliegt, diese auch einhält;
12. im Fall von Kraft-Wärme-Kopplungen -
 - a) die Kriterien des Artikels 2 Nummer 34 der Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinie 2009/125/EG und 2010/30/EU zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG (1) erfüllt und
 - b) die Maßnahme zu einer Verringerung der Primärenergieerzeugung im Vergleich zur getrennten Energieerzeugung oder im Vergleich zur Ausgangssituation führt;
13. - im Fall von Biokraftstoffen - die Produktion die Nachhaltigkeitskriterien in Art. 17 der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energien aus erneuerbaren Quellen und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien 2001/77/EG und 2003/30/EG, ABL. L 140 vom 5. Juni 2009, 2009/28/EG idgF, erfüllt und - sofern keine De-minimis-Förderungen oder Förderungen an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer gewährt werden - nicht aus Nahrungsmittelpflanzen gewonnen werden und für diese Stoffe keine Beimengungsverpflichtung besteht;
14. für die Maßnahme, die einen Zuschlag für den öko-innovativen Charakter der Maßnahme erhalten soll, folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 - a) Der öko-innovative Vermögenswert muss gemessen an dem Stand der Technik in dem jeweiligen Wirtschaftszweig der Gemeinschaft eine Neuheit sein oder eine wesentliche Verbesserung darstellen. Die Neuheit kann z.B. anhand einer genauen Beschreibung der Innovation und der Marktbedingungen für die Einführung oder Verbreitung der Innovation nachgewiesen werden, bei der sie mit dem Stand der Verfahren oder betrieblichen Techniken verglichen wird, die von anderen Unternehmen in demselben Wirtschaftszweig allgemein angewandt werden.
 - b) Der erwartete Nutzen für die Umwelt muss deutlich höher sein als die Verbesserung, die aus der allgemeinen Entwicklung des Stands der Technik bei vergleichbaren Tätigkeiten resultiert.
 - c) Mit dem öko-innovativen Charakter dieser Vermögenswerte oder Projekte muss ein eindeutiges Risiko in technologischer, marktbezogener oder finanzieller Hinsicht verbunden sein, das höher ist als das Risiko, das allgemein mit vergleichbaren nichtinnovativen Vermögenswerten oder Projekten verbunden ist. Dieses Risiko kann beispielsweise nachgewiesen werden durch: Kosten in Relation zum Umsatz, Zeitaufwand für die Entwicklung, erwartete Gewinne aus der Öko-Innovation im Vergleich zu den Kosten, Wahrscheinlichkeit eines Fehlschlags.

(2) Eine Förderung ist nur dann zu gewähren, wenn sie der Höhe nach in einem angemessenen Verhältnis zum Projektumfang, zur Leistungsfähigkeit des Projektträgers und zu den Beurteilungs- und Abwicklungskosten steht und die Investitionskosten in den von der Förderstelle festgesetzten Grenzen liegen.

(3) Ist aufgrund von unionsrechtlichen Beihilferegelungen für die Förderung von Einzelprojekten ein gesondertes Notifikationsverfahren durchzuführen, so ist eine Förderung nur nach Genehmigung durch die EU-Kommission zu gewähren. Die jeweiligen im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Beihilferegelungen, die eine Einzelnotifikation erfordern, können bei der Abwicklungsstelle eingesehen werden. Ebenso liegt zu diesem Zweck bei der Abwicklungsstelle eine Liste der wichtigsten Maßnahmen, die einer Einzelnotifikation bedürfen, einschließlich deren Prüfkriterien und die dafür erforderlichen Unterlagen und Nachweise, zur Einsichtnahme auf.

(4) Eine Förderung nach diesen Förderungsrichtlinien kann nicht gewährt werden, wenn

- a) der Förderungswerber ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des § 3 Abs (20) ist oder

b) der Förderwerber einer Rückforderungsanordnung aufgrund einer früheren Entscheidung der EU-Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet hat.

(5) Die Förderstelle kann zusätzliche Voraussetzungen für die Gewährung festlegen, soweit dies für die Verwirklichung der Ziele dieser Förderung erforderlich erscheint.

(6) Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

§ 6 Förderungswerber

(1) Ansuchen können im Bereich der Umweltförderung in Salzburg von natürlichen oder juristischen Personen, die Maßnahmen gemäß § 4 setzen, gestellt werden, wobei die Wirkung bei ortsfesten Bauten bzw Anlagen in Salzburg eintreten muss und die Verwendung von geförderten KFZ weitaus überwiegend in Salzburg erfolgen muss.

(2) Ansuchen für die Förderung von Investitionen gemäß § 4 Abs. (1) Z 1 einschließlich immaterieller Leistungen gemäß § 4 Abs. (1) Z 2, die der Erzeugung von Produkten des Anhang I EG-V dienen, können nicht von Unternehmen, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind, gestellt werden.

§ 7 Konsortialförderung

(1) Die Förderung oder sonstige Unterstützung der Maßnahme bis zu den gemäß den beihilfenrechtlichen Unionsnormen vorgesehenen Höchstgrenzen durch mehrere öffentliche Förderungsträger ist zulässig.

(2) Durch eine andere Salzburger Landesförderung oder den Gemeindeausgleichsfonds geförderte Investitionskosten können nur in begründeten Fällen im Rahmen dieser Richtlinien gefördert werden. Diese Begründung ist vom Förderungswerber im Ansuchen entsprechend darzustellen und von der Abwicklungsstelle zu bestätigen.

(3) Der Förderungswerber ist zu verpflichten, die Abwicklungsstelle über beabsichtigte, in Behandlung stehende oder erledigte Ansuchen oder Anträge auf Förderung der Maßnahme bei anderen öffentlichen Förderungsträgern zu informieren.

§ 8 Förderungsansuchen und Unterlagen

(1) Das vollständig ausgefüllte Ansuchen auf Förderung ist unter Verwendung des von der Abwicklungsstelle aufgelegten Formulars bei der Abwicklungsstelle einzubringen.

(2) Dem Ansuchen auf Förderung sind die zur Prüfung der Förderungsfähigkeit und -würdigkeit erforderlichen Unterlagen anzuschließen.

(3) Soweit für einzelne Unterlagen oder Informationen für die Stellung eines Ansuchens von der Abwicklungsstelle Datenblätter zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu verwenden. Dies gilt auch für die Stellung eines Ansuchens im Wege von elektronischen Datenträgern oder Internet. Das Förderungsansuchen ist rechtsverbindlich vom Förderungswerber oder eine zu seiner Vertretung befugten Person zu unterzeichnen oder elektronisch zu signieren und hat, soweit eine Förderung gemäß der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung gewährt werden soll, jedenfalls folgenden Angaben zu enthalten:

- a. Name und Größe des Unternehmens;
- b. Beschreibung der Maßnahme mit Angabe des Beginns und des Abschlusses;
- c. Standort der Maßnahme;
- d. die Kosten der Maßnahme;
- e. Angabe, dass ein Investitionszuschuss benötigt wird, einschließlich der Höhe der für die Maßnahme erforderlichen öffentlichen Finanzierung.

§ 9 Ermittlung der förderbaren Kosten

(1) Sofern eine Förderung im Sinne der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung für Umweltschutzbeihilfen gewährt werden soll, sind die umweltrelevanten Mehrkosten der Investition gemäß § 4 Abs. (1) Z 1 oder der immateriellen Leistungen gemäß § 4 Abs. (1) Z 2 förderfähig:

1. Als umweltrelevanten Mehrkosten der Investition sind von der Abwicklungsstelle jene Kosten zu ermitteln, die zur Erreichung des aufgrund der Unionsnorm höheren Umweltschutzniveaus erforderlich sind. Sofern sich der Anteil der umweltschutzbezogenen Kosten an den Gesamtkosten der Investition nicht ohne weiteres feststellen lässt, müssen die Investitionsmehrkosten durch Vergleich der Investition mit der Situation ohne Förderung ermittelt werden. Als Referenzinvestitionskosten sind die Kosten einer Investition heranzuziehen, die technisch vergleichbar ist, jedoch
 - a) bei Fehlen einer Unionsnorm ein geringeres Maß an Umweltschutz bietet oder
 - b) ansonsten für die Einhaltung der Unionsnorm erforderlich sind.
2. Bei der Abwicklungsstelle liegt eine Liste jener Technologien auf, die als Referenzinvestition für die wichtigsten förderbaren Technologien herangezogen werden. Sofern für eine zu fördernde Technologie eine Referenzinvestition nicht gelistet ist oder eine andere Referenzinvestition als die gelistete heranzuziehen ist, hat der Förderwerber hierfür die erforderlichen Nachweise zu bringen.
3. Soweit die zu fördernde Technologie auf den Einsatz oder die Produktion von erneuerbaren Energieträgern oder nachwachsender Rohstoffe abstellt, ist als Referenzinvestition eine Anlage auf Basis fossiler Energieträger oder herkömmlicher Einsatzstoffe heranzuziehen.

(2) Sofern eine Förderung als De-minimis-Förderung gewährt werden soll, sind die umweltrelevanten Kosten der Maßnahmen gemäß § 4 Abs. (1) Z 1 und 2 förderfähig.

(3) Für Förderungen an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer erfolgt die Bemessung der Förderhöhe gemäß § 10 unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen in Abs. (1) und (2). Die Förderstelle kann dem ressortzuständigen Regierungsmitglied für einzelne Maßnahmen ein höheres Ausmaß der Förderung vorschlagen.

§ 10 Ausmaß der Förderung

(1) Die Förderstelle kann technische, umweltbezogene, soziale und wirtschaftliche Kriterien im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung für die Differenzierung der Förderungshöhe festsetzen.

(2) Bei Förderungen, die gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Gruppenfreistellung für Umweltschutzbeihilfen vergeben werden, können auf Basis der ermittelten förderfähigen Kosten (§ 9 Abs. (1)) folgende Förderungssätze gewährt werden:

1. für Investitionen zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern (§ 4 Abs. (1) Z 1 lit. a) bis zu 45 %;
2. für Investitionen zur Energiegewinnung aus biogenen Abfällen oder aus Abfällen mit relevanten biogenen Anteilen § 4 Abs. (1) Z 1 lit. b) bis zu 45 %;
3. für Investitionen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz gemäß § 4 Abs. (1) Z 1 lit. c sublit. ca durch Einsparung sowie effizienteren Bereitstellung oder Nutzung von Energie in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen bis zu 40%, ansonsten bis zu 30 %;
4. für Investitionen für betriebliche Mobilitäts- oder Verkehrsmaßnahmen (§ 4 Abs. (1) Z 1 lit. d) bis zu 40 %, wobei die Förderungshöhe in Abhängigkeit vom Ausmaß der Reduktion sowie der Nachhaltigkeit der getroffenen Maßnahme festzulegen ist;
5. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von klimarelevanten Gasen (§ 4 Abs. (1) Z 1 lit. e) bis zu 35 %;

6. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Staubemissionen (§ 4 Abs. (1) Z 1 lit. f) bis zu 35 %, wobei die Förderungshöhe in Abhängigkeit von der Art der verminderten Emissionen und dem Ausmaß der Verringerung oder Vermeidung festzulegen ist;
7. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch sonstige luftverunreinigende Stoffe (§ 4 Abs. (1) Z 1 lit. g) bis zu 35 %, wobei die Förderungshöhe in Abhängigkeit von der Art der verminderten Emissionen und dem Ausmaß der Verringerung oder Vermeidung festzulegen ist;
8. für Investitionen zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltbelastungen durch Lärm, ausgenommen Verkehrslärm (§ 4 Abs. (1) Z 1 lit. h) bis zu 35 %;
9. für Investitionen zur Verbesserung der Ressourceneffizienz durch Reduktion oder Substitution von Rohstoffen (§ 4 Abs. (1) Z 1 lit. c sublit. cb) sowie durch Behandlung und Verwertung von Reststoffen (§ 4 Abs. (1) Z 1 lit. c sublit. cc) bis zu 35 %;
10. für Umweltstudien (§ 4 Abs. (2)) bis zu 50%.

(3) Zusätzlich zu den Fördersätzen gemäß Abs. 2 können unter Einhaltung der beihilfenrechtlichen Höchstgrenzen nachfolgende Zuschläge gewährt werden. Das Vorliegen der Voraussetzung für die Gewährung dieser Zuschläge ist vom Förderwerber nachzuweisen. Die Zuschlagsregeln können auch kumulativ bis zu den jeweils geltenden unionsrechtlichen Höchstgrenzen zur Anwendung kommen:

1. für Projekte oder Projektteile, die als Öko-Innovationen eingestuft werden können und die die Voraussetzungen gemäß § 5 Abs. (1) Z 14 erfüllen kann in begründeten Fällen ein Zuschlag von bis zu 10 % gewährt werden;
2. für kleine Unternehmen sowie für sonstige Nicht-Wettbewerbsteilnehmer kann ein Zuschlag bis zu 20 % gewährt werden;
3. für mittlere Unternehmen kann ein Zuschlag bis zu 10 % gewährt werden.

(4) Für Förderungen, die als De-minimis-Förderung gewährt werden, gelten auf Basis der ermittelten förderfähigen Kosten (§ 9 Abs. 2) die in Abs. (2) genannten Förderhöhen.

(5) Die Förderungen für Projekte oder Projektteile gemäß Abs. (4), die als Öko-Innovationen einzustufen sind und die die Voraussetzungen gemäß § 5 Abs. (1) Z 14 erfüllen, kann unter Einhaltung der beihilfenrechtlichen Höchstförderung der Höchstfördersatz gemäß Abs. (4) ungeachtet der Differenzierung gemäß Abs. (1) gewährt werden.

(6) Soweit eine Förderung, die die Kriterien einer De-minimis-Förderung (§ 3 Abs. (15)) erfüllt, als eine Förderung gemäß den Bestimmungen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung für Umweltschutzbeihilfen gewährt werden soll, sind die jeweils vorgesehenen Bestimmungen sinngemäß anzuwenden.

(7) Für Förderungen an Nicht-Wettbewerbsteilnehmer bemisst sich die Höhe der Förderungen gemäß den Bestimmungen Abs. (1) und (2), Abs. (3) Z 1 und 2, Abs. (4), Abs. (5) sowie Abs. (6). Die Förderstelle kann dem ressortzuständigen Regierungsmitglied für einzelne Maßnahmen ein höheres Ausmaß der Förderung vorschlagen.

§ 11 Art der Förderung

(1) Die Förderung kann in Form von Investitionszuschüssen gewährt werden. Der Auszahlungsmodus ist im Förderungsvertrag zu vereinbaren.

(2) Ein zugesicherter Investitionszuschuss wird nach Durchführung der Endabrechnung und unter Voraussetzung der Einhaltung des Förderungsvertrages ausbezahlt. Erfolgt die Durchführung der Maßnahme in mehreren Abschnitten, kann die Auszahlung des zugesicherten Investitionszuschusses in Teilbeträgen aufgrund der Endabrechnung für einzelne Abschnitte vereinbart werden.

Wird ein Investitionszuschuss unter Vereinbarung von Auflagen und Bedingungen gewährt, kann die Auszahlung bis zur halben Höhe auf die Dauer von bis zu 10 Jahren erstreckt werden.

(3) Förderungen können auch als Pauschalbeträge ausbezahlt werden. Die Höchstförderungsätze gemäß § 9 dürfen jedoch keinesfalls überschritten werden.

§ 12 Förderungsvertrag

(1) Die Gewährung einer Förderung erfolgt in Form einer schriftlichen Zusicherung. Soweit aufgrund von unionsrechtlichen Beihilferegulungen eine Einzelnotifikation und Genehmigung durch die EU-Kommission erforderlich ist, ist diese vor der Zusicherung einzuholen. Durch die vorbehaltlose Annahme der Zusicherung kommt der Förderungsvertrag zustande.

(2) Der Förderungsvertrag hat insbesondere zu enthalten:

1. den Förderungsgegenstand,
2. das Ausmaß und die Art der Förderung, sowie den Auszahlungsmodus,
3. die Auszahlungsbedingung, dass sämtliche erforderlichen behördlichen Genehmigungen vorliegen,
4. die Frist für die Fertigstellung der Maßnahme,
5. Vereinbarungen über die Art der Abrechnung der Maßnahme,
6. Berichts- und Prüfungsvereinbarungen,
7. die Information für den Förderungswerber, dass folgende Daten im Sinne des § 8 Abs. 1 Datenschutzgesetz 2000, BGBl. I Nr. 165/1999 idgF, veröffentlicht oder übermittelt werden:
 - a) Veröffentlichung seines Namens oder seiner Firma unter Angabe der Rechtsform, seiner Gemeinde, der jährlichen Auszahlungen sowie des Barwertes der zugesagten Förderungssumme, des Zwecks der Umweltförderung, des Titels des Projekts und des Ausmaßes der durch die Förderung angestrebten Umweltentlastung nach Vertragsabschluss,
 - b) Veröffentlichung weiterer personenbezogener Daten gemäß Anhang III der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung,
 - c) Übermittlung aller im Zusammenhang mit der Förderung stehenden personenbezogenen Daten an das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, den Rechnungshof, das Bundesministerium für Finanzen und an EU-Organe zu Kontrollzwecken und zur statistischen Auswertung, und
 - d) Veröffentlichung seines Namens oder seiner Firma unter Angabe von Rechtsform, Fördergegenstand und jährlicher Auszahlung im Subventionsbericht des Landes,
8. - soweit unionsrechtlich erforderlich - der Hinweis auf den Titel der unionsrechtlichen Rechtsgrundlage der Förderung einschließlich der Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Union und der einschlägigen unionsrechtlichen Bestimmungen (im Falle von De-minimis-Förderungen ist auch auf diesen Umstand zu verweisen) sowie auf die Internetadresse, unter der diese Förderungsrichtlinien veröffentlicht sind,
9. das Verbot, Förderungsmittel zur Bildung von Rücklagen oder Rückstellungen nach dem Einkommenssteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988 idgF, zu verwenden,
10. das Verbot, über zugesagte Förderungen durch Abtretung, Anweisung oder Verpfändung noch auf andere Weise unter Lebenden zu verfügen,
11. Vereinbarungen über die Annahme der Zusicherung, über die Einstellung sowie die teilweise oder gänzliche Rückforderung der Förderung sowie
12. den Gerichtsstand.

(3) Darüber hinaus kann der Förderungsvertrag Vereinbarungen, insbesondere den Erfolg der Maßnahme sichernde sowie die Besonderheiten des Einzelfalles berücksichtigende Bedingungen und Auflagen enthalten.

(4) Der Förderungsvertrag kann auch im Wege einer treuhändischen Vereinbarung mit Dritten abgeschlossen werden, sofern dadurch der Erfolg der Maßnahme nicht gefährdet wird. Die Förderungsfähigkeit muss für den wirtschaftlichen Nutzer der Maßnahme gegeben sein.

(5) Die Annahme der Vertragsbedingungen kann vom Förderwerber auch gleichzeitig mit dem Ansuchen um Förderung bestätigt werden.

§ 13 Durchführung, Abrechnung und Kontrolle

(1) Der Förderungsnehmer hat die Fertigstellung des Vorhabens der Abwicklungsstelle binnen angemessener Zeit bekannt zu geben. Eine Änderung der vereinbarten Frist für die Fertigstellung ist nur in begründeten Ausnahmefällen einvernehmlich mit der Abwicklungsstelle zulässig.

(2) Der Förderungsnehmer ist zu verpflichten, die Abwicklungsstelle über alle Änderungen der geplanten Maßnahme im Zuge der Ausführung unverzüglich zu informieren und die Zustimmung der Abwicklungsstelle dafür einzuholen. Weiters ist der Förderungsnehmer zu verpflichten, alle Ereignisse, die die Durchführung der Maßnahme oder die Erreichung des Förderungszweckes verzögern oder unmöglich machen, der Abwicklungsstelle unverzüglich anzuzeigen.

(3) Der Förderungsnehmer ist zu verpflichten, bei Maßnahmen, deren Durchführung mehr als ein Jahr erfordert, jährlich einen Zwischenbericht über den Arbeitsfortschritt samt einer Darstellung des bisherigen finanziellen Aufwandes und der weiteren Durchführung der Maßnahme der Abwicklungsstelle vorzulegen, soweit dies die Dauer und der Umfang der Maßnahme zweckmäßig erscheinen lässt. Soweit hierfür von der Abwicklungsstelle Datenblätter zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu verwenden.

(4) Der Förderungsnehmer ist zu verpflichten, innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung der geförderten Maßnahme die von ihm erstellte, firmenmäßig gefertigte Abrechnung des Vorhabens mit allen zur Beurteilung erforderlichen Unterlagen, einschließlich des Abrechnungsberichtes in detaillierter und nachvollziehbarer Darstellung der Abwicklungsstelle vorzulegen. Außerdem ist ein Endbericht, einschließlich eines Messprotokolls über das erzielte Ausmaß der Verminderung der Emissionen oder des Abfalls vorzulegen. In diesem Endbericht ist der ökologische Erfolg der geförderten Maßnahme zumindest nach dem Ausmaß der Emissions- oder Abfallreduktion im Verhältnis zu den Kosten der Maßnahme darzustellen. Der Umfang der Berichtslegung ist auf den Förderfall abzustimmen. Die Abrechnung muss eine durch Rechnungsbelege nachweisbare Aufgliederung aller mit der geförderten Maßnahme zusammenhängenden Ausgaben umfassen. Die Übermittlung von Belegen kann auch in elektronischer Form vorgesehen werden, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche, urschriftgetreue und überprüfbare Wiedergabe gewährleistet ist. Soweit für den Endbericht von der Abwicklungsstelle Datenblätter zur Verfügung gestellt werden, sind diese zu verwenden. Dies gilt auch für die Vorlage des Endberichtes im Wege von elektronischen Datenträgern oder Internet. In begründeten Fällen kann von der Vorlage des Messprotokolls abgesehen werden.

(5) Die Messungen zur Dokumentation des ökologischen Erfolges der geförderten Maßnahme gemäß Abs. (4) müssen unter den gleichen Bedingungen (Produktion, Messpunkt etc.) wie bei den Unterlagen des Ansuchens erfolgen.

(6) Der Förderungsnehmer ist zu verpflichten, den Organen der Abwicklungsstelle bzw. des Amtes der Salzburger Landesregierung und den von diesen Beauftragten, den Organen des Rechnungshofes sowie im Falle einer Kofinanzierung durch die EU den Kontrollorganen der EU sowie den von dieser beauftragten Stellen jederzeit Auskünfte (einschließlich Nachweise) hinsichtlich des geförderten Vorhabens zu erteilen. Zu diesem Zweck hat der Förderungsnehmer auf Aufforderung insbesondere Einsicht in die Bücher und sämtliche - auch elektronische - Belege sowie sonstige, der Überprüfung der Durchführung dienende Unterlagen zu gewähren, Auskünfte von

Bezug habenden Banken zuzustimmen sowie das Betreten von Grundstücken und Gebäuden während der üblichen Geschäfts- und Betriebsstunden und die Durchführung von Messungen zu gestatten. Dabei ist der Förderungsnehmer darauf hinzuweisen, dass die Überprüfung - gegebenenfalls in Abstimmung mit anderen in Betracht kommenden Förderstellen oder durch eine Abfrage aus dem Transparenzportal, sofern sich dadurch ein aussagekräftiger Mehrwert bei der Kontrolle ergibt - stichprobenartig oder anlassbezogen durchgeführt werden kann, insbesondere um unerwünschte Mehrfachförderungen auszuschließen. Diese vertragliche Verpflichtung ist für einen bestimmten Zeitraum vorzusehen, der die beihilfenrechtlich erforderliche wie auch die gesetzliche Aufbewahrungsfrist im Sinne des Rechnungslegungsgesetzes, BGBl. Nr. 475/1990 idgF, mindestens jedoch einen Zeitraum von 10 Jahren ab Gewährung der Förderung (Art. 15 der Verordnung des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung des Artikel 93 des EG-V, ABl. L 83 vom 27. März 1999, 1999/659/EG idgF) umfasst.

§ 14 Einstellung und Rückforderung der Förderung.

(1) Der Förderungsnehmer ist zu verpflichten, eine gewährte Förderung über schriftliche Aufforderung nach Maßgabe der Abs. (2) bis (4) zurückzuzahlen, und es tritt das Erlöschen des Anspruches zugesicherter, aber noch nicht ausbezahlter Förderungen ein, wenn:

1. Organe oder Beauftragte der Abwicklungsstelle über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden sind;
2. vorgesehene Verpflichtungen, Auflagen und Bedingungen, insbesondere solche, die die Erreichung des Förderungszieles sichern sollen, sowie die Bestimmungen des § 5 Abs.(1) Z 9 und 10 vom Förderungsnehmer nicht eingehalten wurden;
3. vorgesehene Berichte nicht erstattet, Nachweise nicht erbracht oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt worden sind, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und dem ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtslage der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben ist;
4. die unverzügliche Meldung von Ereignissen, welche die Durchführung des geförderten Vorhabens verzögern, unmöglich machen oder deren Abänderung erfordern würde, unterblieben ist;
5. der Förderungsnehmer vorgesehene Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert;
6. die Förderungsmittel ganz oder teilweise widmungswidrig verwendet worden sind;
7. die geförderte Maßnahme nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann oder durchgeführt worden ist;
8. die Richtigkeit der Endabrechnung innerhalb von 10 Jahren nach Abschluss der geförderten Maßnahme nicht mehr überprüfbar ist, weil die Unterlagen aus Verschulden des Förderungsnehmers verlorengegangen sind;
9. die Berechtigung zur Führung des Betriebes oder die tatsächlichen Voraussetzungen dafür wegfallen;
10. der projektierte ökologische Erfolg der Maßnahme nicht oder nicht im projektierten Ausmaß eintritt (ausgenommen Maßnahmen gemäß § 4 Abs.(1) Z 1 lit. i);
11. das Unternehmen des Förderungsnehmers oder der Betrieb in dem die geförderte Anlage verwendet wird, oder die geförderte Anlage selbst vor deren Fertigstellung oder bis zu 10 Jahren danach auf einen anderen Rechtsträger übergeht oder sich das Verfügungsrecht an der Anlage ändert oder sich die Eigentums- oder Beteiligungsverhältnisse ändern;
12. die für die geförderte Maßnahme notwendigen Bewilligungen nicht erlangt wurden;
13. das Zessionsverbot nicht eingehalten wurde;
14. von Organen der EU die Aussetzung und/oder Rückforderung verlangt wird.

- (2) Bei Vorliegen eines Rückforderungsfalles sind die zurückzuzahlenden Beträge vom Tag der Auszahlung an mit dem von der EU-Kommission für den Zeitpunkt der Gewährung der Förderung festgelegten Referenzzinssatz zu verzinsen.
- (3) Allfällige weitergehende zivilrechtliche Ansprüche bleiben hiervon unberührt.
- (4) Von einer Einstellung oder Rückforderung der Förderungsmittel kann in den Fällen des Abs. (1) Z 11 abgesehen werden, wenn dadurch die Erreichung des Förderungszieles nicht gefährdet erscheint.

§ 15 Inkrafttreten

- (1) Die Förderungsrichtlinien treten mit 1.1.2015 in Kraft und ersetzen die Förderrichtlinien vom 11.1.2011. Dieses Inkrafttreten wird vom Amt der Salzburger Landesregierung (www.salzburg.gv.at) veröffentlicht.
- (2) Auf Ansuchen auf Förderung, die ab dem 1.1.2015 entschieden werden, sind diese Förderungsrichtlinien für die Umweltförderung im Land Salzburg anzuwenden.